

Anträge an den aBPT 2018

Anträgeverzeichnis

1. Bundesvorstand: Verabschiedung des Europawahlprogramms
2. Bundesvorstand: Festschreibung des Partei-Slogans in einer Richtlinie
3. Bundesvorstand: Verabschiedung einer neuen Schiedsgerichtsordnung
4. LV-Sachsen: Änderung §12 (5) BS (Bundesparteitag, Antragskommission)
5. LV-Sachsen: Leitbild-Änderung im Kapitel "Transhumanismus"
6. LV-Sachsen: GSP-(Grundsatzprogramm)-Änderung im Kapitel 9 "Sport"
7. LV-Sachsen: GSP-Änderung im Kapitel 24 "Geistiges Eigentum"
8. LV-Sachsen: GSP-Änderung im Kapitel 29 "Innere Sicherheit" 1.Teil
9. LV-Sachsen: GSP-Änderung im Kapitel 29 "Innere Sicherheit" 2.Teil
10. LV-Sachsen: GSP-Änderung im Kapitel 29 "Innere Sicherheit" 3.Teil
11. 11a: AG Chancengleichheit: Änderung der Präambel der Bundessatzung
11: AG Chancengleichheit: Änderung der Präambel des Leitbildes
12. 12: AG Chancengleichheit: Änderung der Präambel des Grundsatzprogramms
13. AG Inklusion: GSP-Ergänzung um das neue Kapitel 14 "Inklusion"
14. AG Klima, Umwelt: GSP-Ergänzung um das neue Kapitel 27 "Artenvielfalt"
15. AG Klima, Umwelt: GSP-Änderung im Kapitel 26 "Umweltschutz"
16. AG Tierschutz: GSP-Ergänzung im Kapitel 28 "Tierschutz"
17. Alexander Mucha: Ergänzung des §24 Bundessatzung "Stabsstellen und Ausschüsse": Mediationsstelle

Antrag Nr. 1

Antragstitel:	Antrag auf Verabschiedung des Europawahlprogramms
Antragsteller:	Bundesvorstand
Präsentierende	Person: Robin Thiedmann (Vertretung: Damian Schmidt)
Art des Antrags:	Antrag auf Verabschiedung eines neuen Programms: Programm für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament am 26. Mai 2019

Begründung:

Um bei der Europawahl 2019 anzutreten, verlangt der Gesetzgeber ein Wahlprogramm, das auf einem Parteitag verabschiedet werden muss. Zugleich benötigen wir für eine erfolgreiche Wahlteilnahme ein Wahlprogramm, das kurz und auf den Punkt unsere wichtigsten Inhalte, Ziele und Forderungen für Europa darlegt und Begeisterung weckt.

Ein erster Entwurf für ein Wahlprogramm wurde den Landesvorständen und Kandidaten zur Europawahl am 16. August 2018 mit Bitte um Feedback bis zum 20. September übergeben. Dieser erste Entwurf war eine auf 23 Seiten stark gekürzte Fassung des am 23. April demokratisch abgestimmten und angenommenen Impulspapiers "Unsere Vision für Europa: Die Bundesrepublik". Die an dem ersten Entwurf geäußerte und berechtigte Kritik war, dass diese Fassung für ein Wahlprogramm nicht ausreichend sei, da der Entwurf zu einseitig auf die langfristig angelegte Vision einer Bundesrepublik Europa und nicht auf mögliche Themenschwerpunkte und Forderungen für die 2019 beginnende Legislaturperiode hin geschrieben war.

Daher haben wir ein von Grund auf neues Wahlprogramm geschrieben, das konsequent aus Visionspapier, Leitbild und Grundsatzprogramm abgeleitet ist, das bisheriges Feedback miteinbezieht und den Schwerpunkt auf die möglichst einfache und komprimierte Vermittlung unserer wichtigsten Inhalte mit konkreterem Bezug auf die anstehende Legislaturperiode legt. Als strukturierendes Grundgerüst wurden die Ergebnisse der verschiedenen Eurobarometer-Umfragen herangezogen, woraus wir die für unsere potentielle Wählerschaft wichtigsten Aspekte abgeleitet haben. Daraus ergibt sich die aus Themenfeldern bestehende Kapitelgliederung sowie die konsequente Formulierung auf die positiven Errungenschaften und Perspektiven der EU, welche die höchste Zustimmung erfahren und als wichtigste Herausforderungen benannt wurden.

Nach einer erfolgreichen Abstimmung dieses Wahlprogramms würde noch eine grafische Aufarbeitung erfolgen, ebenso Auszüge einzelner Themen für Wahlflyer etc

Antrag:

Wahlprogramm zur Europawahl 2019

Wir sind Humanisten.

Die freie Entfaltung des Individuums auf der Basis der Menschenrechte ist Ausgangspunkt unserer Politik – in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt. Politik soll Grenzen nur dort setzen, wo dies zwingend erforderlich ist. Unsere Politik folgt rationalen Argumenten und wissenschaftlichen Erkenntnissen und hat immer das Wohl des Einzelnen im Blick. Keine Religion und kein Glaube ist diesem Wohlergehen übergeordnet. Der Mensch ist Teil der Natur und ein soziales Wesen. Daraus ergibt sich unsere Verantwortung für unsere Mitmenschen, für Tier und Umwelt.

Wir sind Pro-Europäer.

Die Europäische Union hat sich seit über 70 Jahren als Garant für Freiheit und Freizügigkeit, Frieden und Vielfalt in Europa bewährt. Im Zuge der unumkehrbaren wirtschaftlichen Globalisierung, von der wir in Deutschland und Europa massiv profitieren, ist die Bedeutung der EU weiter gewachsen. Es gibt für uns keine Alternative zu diesem europäischen Einigungs- und Zukunftsprojekt, doch wir wollen es reformieren und weiterdenken.

In unserer "Vision für Europa" fordern wir eine Überwindung der nationalstaatlichen Egoismen, wie sie sich unter anderem im Brexit und den Forderungen der osteuropäischen Staaten zeigen und die heute wie ein Klotz am Bein des Zukunftsprojektes Europa hängen. Wir fordern eine echte, demokratische Europäische Republik, eine Europäische Staatsbürgerschaft, einen verbindlichen Grundrechte-Rahmen und übergreifende Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte, die auch auf die Herstellungsbedingungen von Importprodukten zunehmend Anwendung finden sollen.

Wir fordern eine Europäische Armee, zentrale Ministerien für Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik und einheitliche Koordinierung der Migration auf EU-Ebene. Wir fordern, alle

Entscheidungen, die nicht zentral getroffen werden müssen, zurück auf die Ebene der Regionen zu bringen und den betroffenen Menschen wieder eine demokratische Stimme zu geben.

Unsere ausführliche "Vision für Europa" findet sich unter diehumanisten.de/visioneuropa

Freiheit

Freiheit ist für uns Humanisten die Grundlage der freien Entfaltung des Individuums. Freiheit gründet sich auf Rechten. Die Grundpfeiler dieser Rechte sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (UN), die EU-Grundrechte-Charta und unser Grundgesetz. Sie gewähren uns Errungenschaften wie die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichheit der Geschlechter, die Freiheit von Leibeigenschaft, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Berufswahl, der Partnerwahl und der Wahl des Wohnortes. Sie gewähren Eigentums- und Rechtsschutz, gesellschaftliche und demokratische Teilhabe, Kunst-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Berufs- und Niederlassungsfreiheit und die Freiheit von existenzieller Not.

Doch weder in Deutschland noch in anderen Staaten der EU sind diese Rechte vollständig umgesetzt oder unumstritten. Polen baut den Rechtsstaat ab und behandelt nach wie vor jeden Schwangerschaftsabbruch als Straftat, selbst bei Vergewaltigungsopfern. Ungarn schleift die plurale Presse und Meinungsfreiheit, Rumänien strebte zuletzt ein endgültiges Verbot der "Ehe für alle" per Verfassungsreferendum an. Religiöse Moralvorstellungen finden sich quer durch Europa in Verfassungen und Gesetzen und schränken individuelle Lebensgestaltung, Medizin und Forschung unzulässig ein.

Dies wollen wir ändern und kämpfen für einen starken, einheitlichen und verbindlichen Grundrechteraahmen für ganz Europa, mit dem die Menschenrechte vollumfänglich und für alle verbindlich durchgesetzt werden.

Ein Teilaspekt davon ist die vollständige Trennung von Staat und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften: Kein Religionsunterricht an staatlichen Schulen, keine Finanzierung von Bischofsgehältern aus allgemeinen Steuermitteln, keine steuerlichen Vergünstigungen für Kirchenvermögen, keine Eintreibung von Kirchenbeiträgen durch den Staat, keine religiösen Würdenträger als Berater bei Gesetzesinitiativen oder in Gremien wie Rundfunkräten, Ethikkommissionen oder Jugendschutzprüfstellen.

Die Rechte, auf die sich unsere Freiheit stützt, müssen europaweit einheitlich durchgesetzt werden. Polizeiwillkür und Korruption wollen wir durch eine einheitliche europäische Strafprozessordnung verhindern, in der jeder Bürger Europas seine Rechte kennt und durchsetzen kann. Hierzu gehört ein zentrales Ministerium für Justiz und Inneres und eine Europäische Bundespolizei, die eigenständige Ermittlungen führen kann.

Fortschritt

Fortschritt sehen wir angstfrei und positiv: Leben heißt Veränderung, Veränderung lässt sich gestalten. Wer nicht weiß, muss glauben – daher sind für uns Bildung und Forschung die zentralen Schlüssel, die Zukunft aktiv zu gestalten.

Wissenschaftliche Erkenntnisse – auch der Grundlagenforschung – kommen direkt den Menschen zugute: Etwa über neue medizinische Wirkstoffe und Verfahren, über nährstoff- und ertragreichere Nahrungsmittel und klimawandelresistente Pflanzen.

Wir wollen, dass Europa einen Spitzenplatz in der Wissenschaft einnimmt und fordern daher eine deutliche Ausweitung der europäischen Forschungsbudgets. Innovative Unternehmensgründer und Start-Ups sind der Wachstumsmotor und Triebkräfte des Fortschritts in Europa. Wir wollen insbesondere auch Ausgründungen von Universitäten aktiv fördern und damit Europa zu einem Spitzenstandort für die fähigsten Köpfe der Welt machen.

Der Jugend von heute kommt die Aufgabe zu, die Zukunft von morgen zu gestalten. Wir fordern eine bessere Schulbildung in ganz Europa, in der für jeden gleiche Chancen und Förderung unabhängig von der sozialen Herkunft bestehen. Wir wollen den grenzüberschreitenden Austausch von Wissen und Erfahrungen nicht nur über eine Ausweitung des studentischen Erasmus-Programms fördern, sondern auch Azubis und Lehrkräfte über solche staatlich finanzierten Austauschprogramme über Grenzen hinweg vernetzen, um das Bildungsniveau in ganz Europa anzuheben und das friedvolle Miteinander und eine Europäische Identität zu fördern.

Die konsequente Vermittlung und Durchsetzung einer einheitlichen europäischen Verkehrssprache – aus heutiger Sicht Englisch – ist hierzu unerlässlich. Zusätzlich fordern wir die europaweite Einführung öffentlich-rechtlicher und somit nicht staatlich kontrollierter Medienanstalten, die geprüfte Fakten statt Fake-News in ansprechender Form vermitteln.

Verantwortung

Als Humanisten erkennen wir unsere Verantwortung für unsere Mitmenschen, für Tier und Umwelt an: Die Freiheit des Individuums kann sich nur in der sozialen Gemeinschaft entfalten. Hierzu sind gesellschaftliche und politische Teilhabe für jeden Einzelnen sicherzustellen. Nur wer frei von existenzieller Not ist, kann Gesellschaft gestalten.

Das Ziel unserer Sozialpolitik ist daher, die Grundlagen eines freien und selbstbestimmten Lebens zu schaffen. Hierzu wollen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen in ganz Europa

einführen, das sich in seiner Höhe regionalen Gegebenheiten anpasst, in jedem Fall aber ein würdiges Leben ohne Hunger und Obdachlosigkeit ermöglicht. Als Zwischenstufe fordern wir die Einführung eines regional bemessenen Mindestlohnes in ganz Europa, der vor Ausbeutung schützt. Wir wollen eine europaweite Bürgerversicherung, Sozialversicherung und Rentenversicherung im Rahmen der von uns geplanten Europäischen Staatsbürgerschaft einführen, um eine echte europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit ohne Behörden-Marathon Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Staat muss verantwortungsvoll mit dem Geld seiner Bürger umgehen. Die Grundlage unserer Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik ist daher: Mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten, Abbau von Subventionen, Vereinfachung des Steuerrechts und Schuldenaufnahme nur bei Investitionen in zukunftsorientierte Infrastrukturmaßnahmen. Steuerschlupflöcher für Unternehmen und Privatpersonen müssen geschlossen werden, sodass sich niemand seiner gesellschaftlichen Verantwortung entziehen kann.

In der Wirtschaftspolitik setzen wir uns in Europa wie auch in der übrigen Welt für Fairness und Verantwortung ein. Die Soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, Interessenausgleich und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist. Unser Ziel ist eine Marktwirtschaft, die sowohl von staatlicher Willkür als auch von monopolisierter Wirtschaftsmacht frei ist und alle gesellschaftlichen Schichten an Wachstum und Wohlstand teilhaben lässt. Dazu müssen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzrichtlinien in Europa angeglichen und der freie Warenaustausch im Rahmen internationaler Verträge gefördert und umweltfreundlicher gestaltet werden.

Der Klimawandel ist die wohl größte Herausforderung unserer Zeit. Wir müssen hier unserer Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder gerecht werden und heute handeln, um ihnen ein Morgen zu sichern. Wir wollen uns dieser globalen Herausforderung mit Mut und Technologieoffenheit stellen und dabei Vorreiter in der Welt werden. Europäische Projekte zur bedarfsorientierten, flexiblen und CO₂-neutralen Stromproduktion wollen wir ebenso ausweiten wie die Erforschung und Förderung neuer Energiequellen, Speicherlösungen, Emissionsminderungsmethoden und des Ausbaus des europäischen Schienenfernverkehrs. Auch politische Steuerungsinstrumente wie der Emissionshandel und der klare Wille zur Abkehr von fossilen Brennstoffen sind zur Eindämmung des Klimawandels unabdingbar.

Dem großen Klimakiller industrielle Fleischproduktion wollen wir durch eine Reform der Massentierhaltung und der intensiven Förderung von im Labor hergestellten Kulturfleisch begegnen. Es ist unsere ethische Pflicht als Humanisten, für das Wohlergehen der Tiere in Europa zu sorgen und ihr Leid zu verringern. Dieses Ziel muss höher gewichtet werden als Traditionen, Unterhaltung, religiöse Riten oder wirtschaftliche Interessen.

Perspektive

Die Europäische Union sichert seit über 70 Jahren den Frieden in Europa – durch Kooperation nach innen und nach außen. Die Einbindung der EU in internationale Institutionen wie der UN, der NATO und der WHO sowie die Verzahnung der Staaten durch die Globalisierung leisten ihren Beitrag dazu, Konflikte heute durch Verhandlungen statt durch Kriege zu lösen. Dennoch gibt es Krieg auf dieser Welt, und die kriegerischen Auseinandersetzungen in unserer relativen Nachbarschaft auf dem Balkan in den 1990er Jahren und in unserer Zeit in der Ost-Ukraine oder in Syrien zeigen, dass wir auch weiterhin nicht auf militärische Kräfte verzichten können. Doch diese Kräfte lassen sich innerhalb der EU effizienter gestalten und besser bündeln: Wir fordern den Aufbau einer modernen Europäischen Verteidigungsarmee und den Abbau nationaler Streitkräfte.

Ein starkes, geeintes, demokratisches Europa ist ein weltpolitischer Stabilitätsgarant und mit Hinblick auf die nachlassende US-amerikanische Dominanz heute wichtiger denn je. Doch auch nach 70 Jahren spricht Europa nach außen nicht mit einer Stimme. Wir wollen daher die Position der EU-Außenbeauftragten aufwerten zu einer echten Außenministerin der Bundesrepublik Europa, die ihre Stimme in der Welt erhebt. Das Bestreben der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik muss sein, die Welt jenseits nationaler oder territorialer Egoismen für alle besser zu machen. Dies ist einer der wesentlichen Faktoren zur Vermeidung von Elends- und Wirtschaftsmigration; Investitionen in Infrastruktur, staatliche Rechtssysteme, Bildung und Ausbildung, Klimawandelfolgenausgleich und wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe sind weitere wesentliche Elemente der von uns angestrebten Außen- und Wirtschaftspolitik.

Kein Mensch flüchtet ohne Grund. Gruppenbezogene Gewalt, Krieg und persönliche Verfolgung verpflichten uns ohne jeden Zweifel zu humanitärer Hilfe. Wir fordern den Ausbau von militärisch gesicherten, lebenswerten subsidiären Schutzzonen in den Nachbarstaaten von Konfliktherden sowie wirtschaftliche und politische Aufbauprogramme, die langfristig eine Rückkehrperspektive schaffen. Bei individuell bestehendem Asylgrund wollen wir eine sichere Einreise nach Europa gewährleisten. Hierfür plädieren wir für ein solidarisches europäisches Asylsystem, welches Geflüchtete nach klaren Kriterien innerhalb Europas verteilt. Zu den Kriterien zählen etwa die Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft der aufnehmenden Regionen.

Hunger, Verelendung, Perspektivlosigkeit sind ebenso respektable Gründe, seine Habseligkeiten zu packen und an einem anderen Ort ein besseres Leben anzustreben. Doch diese Migration ist keine Flucht und braucht andere Regeln. Wir fordern ein Migrationssystem, das Kriterien wie berufliche Qualifikation und Ausbildung, Sprachkenntnisse und einen Wertetest, aber auch die Nachfrage der Qualifikationen in den verschiedenen Regionen berücksichtigt. Anträge auf Migration müssen grundsätzlich vor der Einreise in die EU gestellt

werden. Ein „Spurwechsel“ zwischen Asyl und Migration soll ausdrücklich möglich sein. Integration gelingt am besten mit einer klaren Zukunftsperspektive.

Wir wollen mehr Europa wagen, Europa neu denken und besser machen und Europa eine gewichtigere Stimme in der Welt geben, um diese zu einem besseren Ort zu machen. Jetzt ist die Zeit, Veränderungen für die Zukunft anzustoßen. Dazu wollen wir bei dieser Europawahl mindestens einen Sitz im Europäischen Parlament erringen.

Deine Stimme zählt!

Antrag Nr. 2

Antragstitel:	Antrag auf Abstimmung und verbindliche Festschreibung des Partei-Slogans in einer Richtlinie
Antragsteller:	Bundesvorstand
Präsentierende Person:	Damian Schmidt (Vertretung: Robin Thiedmann)
Art des Antrags:	Antrag zu Partei-Ordnungen gemäß § 12 (5) c) in Verbindung mit § 19 (2) der Bundessatzung

Antrag:

In das Organisationshandbuch der Partei der Humanisten soll die folgende, für alle Organe und Gliederungen der Partei verbindliche Richtlinie aufgenommen werden:

(Es stehen drei Varianten zur Abstimmung)

Variante 1:

Richtlinie zum Partei-Slogan: Der einheitliche und verbindliche Slogan der Partei der Humanisten lautet: *Rational. Liberal. Fortschrittlich.*

Variante 2:

Richtlinie zum Partei-Slogan: Der einheitliche und verbindliche Slogan der Partei der Humanisten lautet: *Rational. Sozialliberal. Fortschrittlich.*

Variante 3:

Richtlinie zum Partei-Slogan: Der einheitliche und verbindliche Slogan der Partei der Humanisten lautet: *Sozial. Liberal. Rational.*

Begründung:

In der Folge der Debatten um die “Storkower Erklärung”, später neu gefasst als “Positionspapier zur politischen Strategie”, und die daraus resultierende Frage, wie “sozial” unsere Partei sei, wurde der Wunsch geäußert, den Slogan der Partei der Humanisten zu ändern. Dieser lautet seit der Bundestagswahl 2017 “Rational. Liberal. Fortschrittlich”.

Der Bundesvorstand hat die Kritik ernst genommen und hierzu in einer vierzehntägigen Disk-Meinungsbild-Abstimmung 33 Slogan-Varianten zur Vorauswahl gestellt. Es wurde damals bereits angekündigt, dass über die drei Varianten mit den meisten Stimmen dieser Vorauswahl auf dem aBPT final abgestimmt werden soll, um den Richtungsstreit demokratisch beizulegen. Das Ergebnis der Abstimmung soll in Form einer Richtlinie im Organisationshandbuch der Partei für alle Parteiorgane und -gruppen verbindlich festgelegt werden, daher handelt es sich um einen Antrag zu den Partei-Ordnungen.

Die zur Abstimmung stehenden Varianten erhielten mit 22%, 20% und 11% von 120 abgegebenen Stimmen die meisten Stimmanteile, die Reihenfolge der Abstimmung entspricht der Reihenfolge der Stimmanteile.

Antrag Nr. 3

Antragstitel:	Antrag auf Verabschiedung einer neuen Schiedsgerichtsordnung (SGO)
Antragsteller:	Bundesvorstand
Präsentierende Person:	Damian Schmidt (Vertretung: Felix Bölter)
Art des Antrags:	Verabschiedung einer neuen Schiedsgerichtsordnung, die für alle Gebietsverbände verbindlich ist

Begründung:

Unsere Schiedsgerichtsordnung besteht beinahe seit Gründung der Partei ohne Änderung und weist momentan viele verschiedene Regelungslücken auf. Um das zu beheben wurde nach dem letzten Bundesparteitag die Projektgruppe “Schiedsgerichte” gegründet, auf deren Arbeitsergebnissen dieser Antrag basiert.

Das Ziel dieses Antrags ist es, diese Regelungslücken zu schließen, die verschiedenen Schiedsgerichtsordnungen der Länder in einer Schiedsgerichtsordnung zu vereinheitlichen und unsere Partei auch strukturell auf weiteres Wachstum vorzubereiten. So ist bspw. die alte Schiedsgerichtsordnung nicht gut darauf vorbereitet, dass sich unter den Landesverbänden weitere Gliederungseinheiten bilden können - etwas, was sich heute schon abzeichnet.

Weiterhin wurden die Befugnisse der Schiedsgerichte erweitert, Zuständigkeiten zwischen den Schiedsgerichten der verschiedenen Ebenen geregelt, die Möglichkeit zur Schlichtung eingeführt sowie Befangenheitsgründe und Fälle der Handlungsunfähigkeit spezifiziert.

Antrag:

Schiedsgerichtsordnung

§ 1 Grundlagen

(1) Diese Schiedsgerichtsordnung gemäß § 14.4 PartG und § 16 (3) Bundessatzung regelt das Verfahren der Schiedsgerichte der Partei der Humanisten. Die Mitglieder eines Schiedsgerichts werden auch als Richter bezeichnet; diese Bezeichnung steht neutral für alle Geschlechter.

(2) Mit Parteibeitritt erkennt jedes Mitglied diese Schiedsgerichtsordnung der Partei der Humanisten vollumfänglich an. Für den Fall, dass ein Nichtmitglied an einem Schiedsgerichtsverfahren beteiligt ist, muss dieses das Schiedsgericht für den Verlauf dieses Verfahrens schriftlich und mit eigenhändiger Unterschrift anerkennen.

(3) Richter müssen alle Vorgänge des Schiedsgerichts vertraulich behandeln. Beeinflussungsversuche hat das Schiedsgericht dem Bundesvorstand unverzüglich mitzuteilen. In begründeten Fällen können Richter den Parteitag der jeweiligen Gliederungsebene über Vorgänge informieren.

(4) Die Richter sind unabhängig und an keine Weisungen gebunden. Sie fällen die Entscheidungen auf Grundlage der Satzungen und des Leitbilds nach bestem Wissen und Gewissen.

(5) Schiedsgerichte werden auf Bundes- und Landesverbandsebene eingerichtet. Weitere Untergliederungen können auf Antrag bei den jeweiligen Landesverbänden ebenfalls Schiedsgerichte einrichten.

(6) Diese Schiedsgerichtsordnung gilt bindend für alle Schiedsgerichte auf jeder Gliederungsebene.

§ 2 Bildung des Schiedsgerichts

(1) Von der jeweiligen Mitgliederversammlung des Gebietsverbandes werden drei Personen zu Richtern gewählt. Kandidierende für ein Amt als Richter oder Ersatzrichter im Bundesschiedsgericht müssen mindestens 12 Monate Mitglied der Partei sein. Es werden drei

Personen als Ersatzrichter gewählt. Ihre Nachrückposition bemisst sich nach der Anzahl der Stimmen.

(2) Ausnahmsweise können die Ersatzrichter auch dann an die Stelle eines regulären Richters treten, wenn sie aufgrund persönlicher Erfahrung oder besonderer Kenntnisse im Einzelfall besser geeignet sind, das Verfahren durchzuführen, soweit die übrigen Richter und die Verfahrensparteien dem zustimmen.

(3) Die Mitglieder der Schiedsgerichte dürfen nicht Mitglied eines Vorstandes der Partei der Humanisten sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei der Humanisten oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.

(4) Die Mitglieder des Schiedsgerichts wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Eine Neuwahl des Vorsitzenden ist jederzeit möglich. Näheres regelt die Geschäftsordnung des betreffenden Gerichts gemäß § 16 (3) der Bundessatzung.

(5) Die Amtszeit der Richter eines Schiedsgerichts ist identisch mit der Amtszeit des Vorstandes des jeweiligen Gebietsverbandes, es sei denn, durch die Satzung des Gebietsverbandes wird etwas anderes bestimmt. Für das Bundesschiedsgericht gelten die Regelungen von § 16 (1) der Bundessatzung. Das Richteramt endet zudem automatisch mit dem Parteiaustritt. Weiterhin kann ein Richter sein Amt durch Erklärung an das Schiedsgericht niederlegen.

(6) Unbesetzte Positionen werden zunächst durch die gewählten Ersatzrichter besetzt. Stehen keine Ersatzrichter zur Verfügung, können Nachwahlen durchgeführt werden. Nachbesetzungen bzw. Nachwahlen gelten für den Rest der Amtszeit.

§ 3 Zuständigkeit

(1) Das jeweilige Schiedsgericht wird nur auf Antrag aktiv.

(2) Das zuständige Schiedsgericht wird gemäß § 14 (1) PartG zur gütlichen Beilegung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes oder Organs (im Sinne § 11 Bundessatzung) mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung aktiv.

(3) Das zuständige Schiedsgericht wird ferner aktiv im Falle von Ausschlussverfahren gegen Parteimitglieder nach PartG 10 (4).

(4) Zuständig ist grundsätzlich das Gericht niedrigster Ordnung, es sei denn, dieses Schiedsgericht verweist den Fall begründet an ein höheres Schiedsgericht.

(5) Ist der Antragsgegner ein Mitglied oder Organ eines Gebietsverbandes, ist das Schiedsgericht des Gebietsverbandes zuständig. Ist der Antragsgegner ein Mitglied oder Organ des Bundesverbandes, ist das Bundesschiedsgericht zuständig.

(6) Das Schiedsgericht kann in Fällen besonderer Dringlichkeit oder hoher Relevanz die Zulässigkeit von Maßnahmen von Parteiorganen auf Antrag derselben in einem Vorverfahren beurteilen. Solche Vorverfahren und ihre Ergebnisse sind grundsätzlich nicht öffentlich.

(7) Bei Handlungsunfähigkeit des zuständigen Gerichts verweist das nächsthöhere Gericht den Fall an ein anderes, der Eingangsinstanz gleichrangiges Schiedsgericht. Handlungsunfähigkeit ist gegeben, wenn weniger als drei Richter für das betreffende Verfahren zur Verfügung stehen.

§ 4 Anrufung

(1) Das Schiedsgericht wird nur auf Anrufung in Textform tätig, dabei ist als Absenderadresse die E-Mail Adresse des Organs bzw. die bei der Mitgliederverwaltung hinterlegte E-Mail Adresse zu verwenden.

(2) Antragsberechtigt sind Bundes- und Gebietsorgane, wenn ein eigener Anspruch oder eine Verletzung in einem eigenen Recht geltend gemacht wird. Weiterhin ist jedes Mitglied antragsberechtigt, sofern es von der Sache unmittelbar persönlich betroffen ist. Anträge zu Parteiausschlussverfahren können nur von den betroffenen oder übergeordneten Gebietsverbänden gestellt werden.

(3) Der Antrag muss den Namen des Antragstellers, den Namen des Antragsgegners, den Streitgegenstand, eine Begründung, die Schilderung der Umstände und das Ziel des Antrags (Anordnungen und Sanktionen) enthalten. Antragsteller und Antragsgegner müssen für das Schiedsgericht eindeutig identifizierbar sein. Das Schiedsgericht kann unter den Bedingungen der DSGVO alle zum Erreichen der Parteien notwendigen Kontaktdaten anfordern.

(4) Die Anrufung muss spätestens einen Monat nach Kenntnisnahme des streitgegenständlichen Sachverhalts durch den Antragsberechtigten erfolgen. Die Antragsberechtigung verfällt drei Monate nachdem sich der Verfahrensgegenstand ereignet hat; Ausnahme davon bilden Sachverhalte, die geeignet sind, der Partei schwerwiegenden Schaden zuzufügen, sowie generell strafrechtlich relevante Sachverhalte.

§ 5 Befangenheit

(1) Mitglieder des Schiedsgerichtes können sich selbst für befangen erklären und die Mitwirkung am Verfahren ablehnen. Ist ein Schiedsrichter selbst Verfahrensbeteiligter, ist automatisch Befangenheit gegeben.

(2) Die Verfahrensbeteiligten können beantragen, einzelne Mitglieder des Schiedsgerichtes wegen der Besorgnis der Befangenheit vom Verfahren auszuschließen. Das Gesuch muss unmittelbar nach Bekanntwerden des Befangenheitsgrundes gestellt werden. Eine nachträgliche Geltendmachung des Befangenheitsgrundes ist nicht mehr möglich.

(3) Das betroffene Mitglied des Schiedsgerichtes kann in Textform zu dem Befangenheitsantrag den übrigen Richtern gegenüber Stellung nehmen.

(4) Über das Ablehnungsgesuch verhandeln die übrigen Mitglieder des Schiedsgerichtes unter Einsatz eines Ersatzrichters. Wird die Befangenheit des Richters festgestellt, scheidet dieser beim weiteren Verfahren aus.

(5) In Fällen der Befangenheit eines Richters nimmt ein Ersatzschiedsrichter für dieses Verfahren seinen Platz ein.

§ 6 Gütliche Beilegung

(1) Das Schiedsgericht hat in geeigneten Fällen auf eine gütliche Beilegung des Streites hinzuwirken. Kommt diese nicht zustande, wird das Verfahren durch reguläre Schiedsgerichts-Entscheidung beendet. Für die Gütliche Beilegung kann eine fernmündliche Anhörung einberufen werden.

(2) Ein Beilegungsverfahren gilt als gescheitert, wenn keine Einigung innerhalb von 14 Tagen nach Anrufung des Schiedsgerichtes erzielt wurde. Diese Frist kann durch Übereinkunft der Parteien auf bis zu fünf Wochen verlängert werden. Ferner gilt ein Beilegungsverfahren als gescheitert, wenn eine der beteiligten Parteien gegenüber dem Schiedsgericht erklärt, dass sie das Beilegungsverfahren als aussichtslos erachtet, oder wenn eine der Parteien nicht an einer vom Schiedsgericht angesetzten fernmündlichen Anhörung teilgenommen hat.

(3) Bei Parteiausschlussverfahren, Einsprüchen gegen Ordnungsmaßnahmen, bei einer Berufung sowie in Fällen, in denen das zuständige Schiedsgericht die Eilbedürftigkeit oder die Aussichtslosigkeit eines Verfahrens feststellt, ist ein vorheriger Beilegungsversuch nicht erforderlich.

§ 7 Verfahren

7.1 Verfahrensgrundsätze

(1) Grundsätzlich führt das Gericht ein nichtöffentliches Verfahren in Textform. Das Gericht kann eine fernmündliche Anhörung der Verfahrensbeteiligten anordnen, wenn es zur rechtlichen und tatsächlichen Klärung geboten scheint.

(2) Den Entscheidungen darf nur zugrunde gelegt werden, was allen Verfahrensbeteiligten bekannt ist und wozu sie Stellung nehmen konnten.

(3) Bei fernmündlichen Anhörungen bestimmt das Schiedsgericht technische Plattform und Zeit der Anhörung; die technische Plattform muss für alle Verfahrensbeteiligten zugänglich sein, es sind zugelassene Parteiplattformen zu bevorzugen. Die fernmündliche Anhörung muss mit angemessener Frist von mindestens drei Tagen angekündigt werden.

(4) Das Gericht kann Klagen und Anfragen mit demselben Gegenstand zu einem Verfahren bündeln, sofern die Antragsteller zustimmen. Mehrere Parteien mit derselben Anfrage oder Klage können zu einer einzigen Verfahrenspartei zusammengelegt werden, sofern die Antragsteller zustimmen. Übergeordnete Organe können Zugang zu laufenden Verfahren beantragen; dies muss begründet geschehen. Über diese Anträge entscheidet das verfahrensführende Schiedsgericht. Bei positivem Bescheid sind die Antragsteller sodann der beantragten Verfahrenspartei zugehörig.

(5) Die Streitparteien können auf eigene Kosten einen Rechtsbeistand hinzuziehen. Dieser muss nicht Parteimitglied sein. Der Rechtsbeistand ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Er muss eine Handlungs- und Vertretungsvollmacht beim Schiedsgericht einreichen.

(6) Der Antragsgegner kann, soweit dem Verfahren nach möglich, einen Gegenantrag stellen. Durch diesen wird im selben Verfahren über die Anträge beider Parteien verhandelt.

7.2 Ablauf des Verfahrens

(1) Vorverfahren: Das Schiedsgericht prüft den Antrag, entscheidet über seine Zuständigkeit, die Zulässigkeit des Antrages, über die Anwendbarkeit der Gütlichen Beilegung, über etwaige Befangenheiten von Richtern und schließlich über die Eröffnung oder Abweisung des Verfahrens. Außerdem können in schwerwiegenden Fällen angemessene vorläufige Maßnahmen angeordnet werden, um weiteren Schaden von der Partei abzuwenden; solche Maßnahmen erfordern einen einstimmigen Beschluss der Richter. Das Vorverfahren ist innerhalb einer Woche nach Anrufung abzuschließen, das Ergebnis ist dem Antragsteller unverzüglich in Textform mitzuteilen.

(2) Hauptverfahrenseröffnung und Beweisaufnahme: Sofern eine Abweisung des Verfahrens oder eine Gütliche Beilegung nicht in Frage kommt oder gescheitert ist, wird das Schiedsgerichtsverfahren unmittelbar eröffnet. Der Antragsteller wird aufgefordert, innerhalb einer Woche Beweise und Belege für seinen Antragsgegenstand vorzulegen, sofern dies nicht schon mit dem Antrag auf Anrufung geschehen ist. Gegebenenfalls werden weitere Belege angefordert. Bleibt der Antragsteller Beweise und Belege innerhalb der Frist schuldig, wird das Verfahren unmittelbar eingestellt.

(3) Stellungnahme: Das Gericht legt dem Antragsgegner den Streitgegenstand, die Begründung und die eingegangenen Beweise und Belege zur Stellungnahme innerhalb einer Frist von zwei Wochen vor. Dabei ist sicherzustellen, dass die jeweils aktuelle E-Mail-Adresse des Organs bzw. die bei der Mitgliederverwaltung hinterlegte E-Mail Adresse des Mitglieds genutzt wird. Sofern vor Ablauf der Frist keine Stellungnahme eingeht, gilt der Sachverhalt als unbestritten. Ebenso gelten alle in der Stellungnahme nicht bestrittenen Punkte der Anschuldigung für den Fortgang des gesamten Verfahrens als unbestritten. Sofern Punkte bestritten werden, ist dies, gegebenenfalls mit Belegen, glaubhaft zu machen.

(4) Sofern neue Belege eingebracht wurden, erhält der Antragsteller eine Woche Zeit, zu diesen seinerseits Stellung zu nehmen. Neue Sachverhalte können nicht mehr ins Verfahren eingebracht werden, es können aber weitere Belege eingebracht werden, sofern dies dem

Antragsteller für die Stellungnahme erforderlich erscheint. Auch diese Belege müssen dem Antragsgegner vom Schiedsgericht zur erneuten Stellungnahme offengelegt werden.

(5) Bei komplexen Sachverhalten kann vom Schiedsgericht zusätzlich eine fernmündliche Anhörung einberufen werden.

(6) Nach Abschluss der Beweisaufnahme und der Stellungnahmen trifft das Schiedsgericht seine Entscheidung. Das Schiedsgericht ist an Anträge der Beteiligten nicht gebunden.

§ 8 Entscheidung

(1) Die Entscheidung soll spätestens zwei Monate nach Hauptverfahrenseröffnung vorliegen. Die Richter haben auf ein zügiges Verfahren hinzuwirken. Sofern nach zwei Monaten kein Urteil vorliegt, kann das nächsthöhere Gericht auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten das Verfahren an sich ziehen. Sofern es kein nächsthöheres Gericht gibt, können die zuständigen Richter vom Bundesvorstand durch die gewählten Ersatzrichter ersetzt werden. Sollten nicht ausreichend Ersatzrichter vorhanden sein, kann der Bundesvorstand das Verfahren an ein Schiedsgericht seiner Wahl verweisen.

(2) Die Entscheidung beinhaltet Name der Antragsteller und Gegner, eine Sachverhaltsdarstellung, eine Begründung, das Datum des Wirksamwerdens sowie die Maßnahmen, die zur Umsetzung der Entscheidung notwendig sind.

(3) Die Entscheidung wird mit einfacher Mehrheit gefällt. Eine Enthaltung ist nicht zulässig. Das Abstimmverhalten der Richter wird nicht öffentlich mitgeteilt.

(4) Die Entscheidung ist den Verfahrensbeteiligten in Textform mitzuteilen. Darin muss auch eine Rechtsbehelfsbelehrung enthalten sein.

(5) Das Verfahren und die Entscheidung ist in einer digitalen Verfahrensakte zu dokumentieren und fünf Jahre aufzubewahren. Die Entscheidung selbst ist mindestens 10 Jahre auf zugelassenen Parteisystemen aufzubewahren. Die Beteiligten, der betroffene und der übergeordnete Gebietsverband können Einsicht in die Verfahrensakten verlangen, sofern dem nicht erhebliche Parteiinteressen oder sonstige gewichtige Umstände entgegenstehen.

(6) Eine Kurzform der Entscheidung ohne ausführliche Sachverhaltsdarstellung und Begründung ist parteiintern zu veröffentlichen, sofern dem nicht erhebliche Parteiinteressen oder sonstige gewichtige Umstände entgegenstehen.

§ 9 Anordnungen und zulässige Sanktionen

(1) Das Schiedsgericht kann mit seiner Entscheidung verbindliche Maßnahmen anordnen, die vom Beklagten unverzüglich oder mit gesetzter Frist umzusetzen sind. Sofern der Beklagte diese Anordnungen nicht umsetzt, können Sanktionen nach (2) bis hin zum Parteiausschluss verhängt werden.

(2) Das Schiedsgericht kann mit seiner Entscheidung folgende Sanktionen verhängen:

1. Verwarnung
2. Verweis von Parteiplattformen bis zu einem Jahr
3. Aberkennung innerparteilicher Ämter
4. Kandidaturverbot bis zu drei Jahre
5. Aberkennung innerparteilicher Rechte bis zu drei Jahre
6. Beseitigung/Folgenbeseitigung/Wiedergutmachung
7. Parteiausschluss

(3) Bei der Festlegung des Strafmaßes ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

§ 10 Rechtsmittel

(1) Gegen erstinstanzliche Entscheidungen stehen jedem Verfahrensbeteiligten Rechtsmittel zu. Gegen die Entscheidungen des Bundesschiedsgerichts finden solche keine Anwendung, es kann aber die Überprüfung durch ordentliche Gerichte gem. § 11 (2) beantragt werden.

(2) Die Rechtsmittel sind binnen vier Wochen beim Schiedsgericht der nächsthöheren Gliederung einzureichen und in Textform zu begründen. Bei Einlegung der Rechtsmittel ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen. Maßgeblich für die Bestimmung der Frist ist die Zustellung der Entscheidung inklusive Rechtsmittelbelehrung.

(3) Das erstinstanzliche Schiedsgericht stellt dem Gericht der nächsten Instanz für die Dauer des Berufungsverfahrens die Akten zur Verfügung.

(4) Die nächste Instanz entscheidet über Klageanträge entweder selbst oder verweist das Verfahren an das Ausgangsgericht unter Beachtung der Rechtsauffassung der höheren Instanz zur erneuten Verhandlung zurück.

(5) Die Rücknahme der Rechtsmittel ist jederzeit möglich.

(6) Ist gegen einen Beschluss eine sofortige Beschwerde vorgesehen, so ist diese beim nächsthöheren Schiedsgericht einzulegen und mit einer Begründung zu versehen. Die sofortige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 11 Zugang zu staatlicher Gerichtsbarkeit

(1) Die Anrufung des Schiedsgerichts hat in parteilichen Angelegenheiten Vorrang gegenüber der Anrufung eines ordentlichen Gerichtes.

(2) Vor einem ordentlichen Gericht kann binnen 14 Tagen nach dem Urteil des Bundesschiedsgerichts Revision eingelegt werden, wenn der Verdacht besteht, dass die Verfahrensrechte der beklagten Partei oder rechtsstaatliche Grundsätze erheblich verletzt wurden. Dies muss dem Bundesschiedsgericht umgehend angezeigt werden.

(3) Das Schiedsgericht kann beim Offenbarwerden strafbarer Handlungen in einem Schiedsverfahren nach Ermessen Anzeige erstatten oder dies dem betroffenen Verfahrensbeteiligten empfehlen. Bei Offizialdelikten besteht eine Anzeigepflicht. Eine Umsetzung von innerparteilichen Maßnahmen bleibt davon unberührt.

§ 12 Kosten

(1) Das Schiedsverfahren ist kostenfrei. Jeder Verfahrensbeteiligte trägt seine eigenen Auslagen für die Führung des Verfahrens.

(2) Richter erhalten keine Entschädigung. Die Erstattung notwendiger Auslagen für ein Verfahren kann beim Gebietsverband des zuständigen Schiedsgerichts beantragt werden.

§ 13 Schlussbestimmungen

(1) Diese Schiedsgerichtsordnung bzw. Änderungen treten durch ordnungsgemäßen Beschluss des Bundesparteitages in Kraft.

(2) Für bereits begonnene Verfahren ist die zur Verfahrenseröffnung gültige Fassung maßgeblich.

Antrag Nr. 4

Antragstitel: Antrag zu den Rechten der Antragskommission
Antragsteller: LV-Sachsen
Präsentierende Person: Konstantin Clauß (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags: Ergänzung des §12 (5) "Bundesparteitag" der Bundessatzung

Vorbemerkung: Dieser Antrag soll die Rechte der Antragskommission einschränken, sodass diese dem Bundesparteitag zuarbeitet, nicht aber entscheidet, ob sich dieser mit einem kurzfristigen Antrag beschäftigt.

Antrag:

Hiermit beantragen wir, in § 12 Bundesparteitag den Absatz 5 wie folgt um zwei Sätze zu ergänzen:

Anträge, die ein neues Programm, eine neue Satzung oder Ordnung einbringen oder vorhandene Programme, Satzungen und Ordnungen ersetzen, müssen einen Monat vor dem Bundesparteitag eingereicht werden. Sie müssen dabei folgende Informationen enthalten:

- a) Antragsteller (Person, Organ oder AG)
- b) Präsentierende Person(en)
- c) Art des Antrags (Programm, Satzung oder Ordnung)
- d) Titel und Text
- e) Begründung mit angestrebtem Ziel und Argumenten für den Antrag

Änderungsanträge dienen dazu, bereits beschlossene oder mit einem Antrag neu eingereichte Programme, Satzungen oder Ordnungen zu ändern.

Aktuelle Version:

Nicht fristgerecht eingereichte Anträge können auf Beschluss der Antragskommission (siehe Abs. 10) zugelassen werden.

Neue Version mit Ergänzung:

Nicht fristgerecht eingereichte Anträge müssen überdies eine Kurzfassung des Antrags beinhalten. Die Antragskommission gibt nach formaler Prüfung die Kurzfassung des Antrags dem Bundesparteitag bekannt, der den Antrag durch Beschluss in die Tagesordnung aufnehmen kann.

Die Anträge im Rahmen eines Tagesordnungspunktes werden nach folgender Priorität behandelt:

- a) Anträge des Bundesvorstands
- b) Anträge des Bundespräsidiums
- c) Anträge der Landesvorstände
- d) Anträge der anerkannten Arbeitsgruppen
- e) Anträge der Parteimitglieder

Die weitere Priorisierung erfolgt durch die Antragskommission (siehe Abs. 10), wobei ein Antragsteller für die eigenen Anträge eine Reihenfolge vorgeben kann.

Die Antragsteller können ihre Anträge persönlich vorstellen oder ein anderes Mitglied mit der Vorstellung beauftragen. Die Antragsteller können ihre Anträge jederzeit zurückziehen.

Arbeitsgruppen können nur Anträge mit Bezug zu ihrem Zweck bzw. ihrer Zielsetzung einreichen.

Begründung:

Die Antragskommission dient nach § 12 Abs. 10 dazu, die Anträge auf formale Korrektheit zu prüfen und ihre Reihenfolge in Einklang mit den satzungsgemäßen Bestimmungen festzulegen. Damit erfüllt die Antragskommission eine unterstützende Funktion bei der Organisation des Parteitages. Die aktuell in § 12 Abs. 5 festgelegten Rechte im Bezug auf nicht fristgerecht eingereichte Anträge gehen hierüber hinaus: Die Kommission darf nach eigenem Ermessen festlegen, mit welchen Anträgen sich der Parteitag befassen soll und mit welchen nicht. Damit kann der Partei die Möglichkeit verbauen, auf kurzfristige, aber äußerst wichtige Umstände zu reagieren, und sie kann dem Parteitag die Möglichkeit nehmen, aus seiner Mitte heraus einen kurzfristigen Antrag zu stellen und sich damit zu befassen. Wir sind aber der Meinung, dass der Parteitag als oberstes Parteiorgan diese Möglichkeit haben sollte. Er sitzt zusammen und sollte selbst darüber bestimmen dürfen, ob er sich mit einem nicht fristgerecht eingereichten Antrag befasst oder nicht. Die Antragskommission unterstützt ihn dabei, indem sie kurzfristige Anträge vorab auf formale Korrektheit prüft und die Kurzfassung des Antrags bekannt gibt.

Antrag Nr. 5

Antragstitel: Antrag zur Änderung des Kapitels "Transhumanismus" im Leitbild
Antragsteller: LV-Sachsen
Präsentierende Person: Dominic Eberle (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags: Leitbild-Änderung

Antrag:

Aktuelle Version:

Im Transhumanismus sehen wir eine konsequente Ergänzung des evolutionären Humanismus. Neben Bildung und Wissenschaft dient insbesondere die moderne Technologie des 21. Jahrhunderts als Schlüssel zur optimalen Entfaltung menschlicher Fähigkeiten. Durch *ihre gezielte und rationale Anwendung* soll der Menschheit ermöglicht werden, ihre evolutionär bedingten biologischen *und physiologischen* Einschränkungen zu überwinden. Neue Technologien sollen so sicher wie möglich gestaltet werden und so vielen Menschen wie möglich zugutekommen.

Vorgeschlagene Änderung:

Im Transhumanismus sehen wir eine konsequente Ergänzung des evolutionären Humanismus. Neben Bildung und Wissenschaft dient insbesondere die moderne Technologie des 21. Jahrhunderts als Schlüssel zur optimalen Entfaltung **und Weiterentwicklung** menschlicher Fähigkeiten. Durch **die rationale und verantwortungsbewusste Anwendung von Technologie** soll der Menschheit ermöglicht werden, ihre evolutionär bedingten biologischen Einschränkungen zu überwinden. Neue Technologien sollen so sicher wie möglich gestaltet werden und so vielen Menschen wie möglich zugutekommen.

Begründung:

Die Physiologie ist Teil der Biologie eines Körpers und muss daher nicht extra betont werden. Weiterhin sollen gerade im Transhumanismus nicht nur die Fähigkeiten entfaltet, sondern gerade eben weiterentwickelt werden. „Gezielte“ Anwendung ist ein zu schwammiger Begriff und wurde in Ergänzung zu „rational“ durch „verantwortungsbewusst“ ergänzt, um den Aspekt der gesellschaftlichen Verantwortung besser zu betonen.

Antrag Nr. 6

Antragstitel: Antrag zur Änderung des Kapitels "Sport" im Grundsatzprogramm
Antragsteller: LV-Sachsen
Präsentierende Person: Dominic Ressel (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags: Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Aktuelle Version:

Wir wollen eine bildungsorientierte Sportpolitik mit dem Ziel der Entwicklung eines Bewusstseins für die Eigenverantwortung und Gesundheit, vor allem in der frühkindlichen Sporterziehung. Wir fordern eine bessere Finanzierung von Sportvereinen oder anderen institutionellen Sportorganisationen und dem Schulsport als einzigartiges Integrations- und Inklusionsinstrument.

Zur Förderung des Spitzensports setzen wir auf optimale Rahmenbedingungen für die Sportler persönlich. Die Idee eines dopingfreien Sports ist genauso idealistisch wie die Idee einer drogenfreien Gesellschaft. Für Doping müssen die gleichen Bedingungen herrschen, wie für andere Drogen. Wie die einzelnen Wettkämpfe damit umgehen, ist Sache der jeweiligen Sportverbände. Wir halten die gesundheitliche Aufklärung für einen wesentlichen Teil erfolgreicher Sportpolitik.

Vorgeschlagene Änderung:

Ersatzlose Streichung des zweiten Absatzes, bis auf den letzten Satz. Es verbleibt:

Wir wollen eine bildungsorientierte Sportpolitik mit dem Ziel der Entwicklung eines Bewusstseins für die Eigenverantwortung und Gesundheit, vor allem in der frühkindlichen Sporterziehung. Wir fordern eine bessere Finanzierung von Sportvereinen oder anderen institutionellen Sportorganisationen und dem Schulsport als einzigartiges Integrations- und Inklusionsinstrument. Wir halten die gesundheitliche Aufklärung für einen wesentlichen Teil erfolgreicher Sportpolitik.

Begründung:

a) Im Gegensatz zum ersten Abschnitt über den Breitensport wird der Wille zur Förderung des Spitzensports nicht direkt begründet. Da im Folgenden im Wesentlichen nur noch über Doping geschrieben wird, scheint dies das Mittel zum Zweck zu sein. Dies ist sehr fragwürdig (siehe b)

b) Der Rest des Abschnitts dreht sich um das Doping. Dieses wird mit der Legalisierung von Drogen gleichgesetzt. Wesentlicher Unterschied ist aber:

Beim Drogenkonsum herrscht kein Wettbewerb! Und Drogenkonsumenten werden nicht für die Einnahme ihrer Lieblingssubstanzen bezahlt (es ist doch eher das Gegenteil der Fall).

Das ist ein wesentlicher Unterschied zum Doping. Der Anreiz, gesundheitliche Aufklärung zu ignorieren und für kurzfristige Höchstleistungen schwerwiegende körperliche Langzeitschäden in Kauf zu nehmen (um seinen eigenen Marktwert zu steigern und Preisgelder einzukassieren), ist dementsprechend sehr groß.

Falls Doping von vornherein erlaubt ist, werden noch mehr Sportler auf Doping umstellen, da sie ja nun wirklich sicher sein können, dass die Konkurrenz ausnahmslos darauf zurückgreift und sie ohne leistungssteigernde Substanzen chancenlos sind.

So komplett idealistisch ist ein dopingfreier Sport nicht, da fehlt der Beweis dafür, dass tatsächlich jede Form von Spitzensport dopingbelastet ist.

Natürlich sollte es Menschen erlaubt sein, einfach so für sich zu dopen (es ist ihr Körper). Nur die Teilnahme an Wettkämpfen offizieller Sportverbände sollte eben untersagt bleiben.

Noch ein Aspekt:

Doping verzerrt den Sport gewaltig. Schließlich gibt es höchst unterschiedliche Formen, und es widerspricht dem sportlichen Leistungsgedanken, wenn der Sportler gewinnt, der zufällig gerade den besten Arzt mit der neuesten Blutanreicherungsmethode kennengelernt hat. Zudem wird es dann auch immer mehr eine Frage des Geldes, da noch ausgefeiltere Dopingmethoden kostenintensiver werden.

Natürlich könnte man die Verantwortung auf die Verbände abwälzen und sagen: sie entscheiden was Doping ist. Aber auch hier wird dann natürlich ein Wettkampf der Verbände stattfinden. Wer die "krassesten" Leistungen zeigen will, muss Doping zulassen.

Letztlich muss man noch erwähnen, dass eine Politik des Breitensports (und des Drogenkonsums) natürlich fast ausschließlich auf Deutschland beschränkt ist, während man hingegen beim Spitzensport doch auf internationale Abkommen angewiesen ist (gerade weil der Spitzensport oft auf internationaler Bühne stattfindet). Und international ist Doping geächtet. Der Spitzensport hierzulande würde sich also erst einmal drastisch isolieren, und deutsche Sportler würden international sehr argwöhnisch betrachtet werden oder direkt ausgeschlossen werden ("die machen doch alle Doping!").

Das Thema ist hoch kontrovers und aufgrund zahlreicher Diskussionen mit Mitgliedern und Interessenten vermuten wir, dass diese Position in der Partei keine Mehrheit (mehr) hat. Daher wollen wir mit diesem Antrag die Gelegenheit zur basisdemokratischen Abstimmung ermöglichen.

Wir sehen aber auch klar, dass das Thema Doping aktuell in mehreren Sportdisziplinen unzufriedenstellend gelöst ist.

Eine Parteiposition sollte aber über eine Sport AG entwickelt werden, womöglich im Zusammenspiel mit der AG Gesundheit, und als Impulspapier oder Änderungsantrag Parteiposition werden.

Antrag Nr. 7

Antragstitel: Antrag auf Änderung des Kapitels "Geistiges Eigentum" im Grundsatzprogramm
Antragsteller: LV-Sachsen
Präsentierende Person: Dominic Ressel (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags: Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Aktuelle Version:

Die Nutzungsrechte müssen zeitlich stark begrenzt werden. Dagegen gelten Urheberrechte ein Leben lang, sollen jedoch mit dem Tod und nicht 70 Jahre danach verfallen. Liegen die Nutzungsrechte beim Staat, fordern wir, dass die Bürger unentgeltlich davon profitieren können.

Vorgeschlagene Änderung:

Die Nutzungsrechte müssen zeitlich **in angemessenem Umfang reduziert** werden. Dagegen gelten Urheberrechte ein Leben lang, sollen jedoch **10 anstatt 70 Jahre nach dem Tode** verfallen. Liegen die Nutzungsrechte beim Staat, fordern wir, dass die Bürger unentgeltlich davon profitieren können.

Begründung

- a) Erster Satz: Eine starke Begrenzung der Nutzungsrechte widerspricht drastisch der Aussage im ersten Absatz (Fortschritt und Innovation sollen nicht übermäßig behindert werden).
Eine moderate Reduzierung kann jedoch sinnvoll sein.

- b) Zweiter Satz: Die Verwertbarkeit der Urheberrechte direkt nach dem Tod verursacht einen gravierenden Interessenkonflikt. Institutionen und Personen könnten massiv und unmittelbar vom Ableben einer Person profitieren. Liegt die Verwertbarkeit aber wenigstens 10 Jahre in der Zukunft, so wird dieser Interessenkonflikt stark entschärft.
-

Antrag Nr. 8

Antragstitel: 1. Antrag auf Änderung des Kapitels "Innere Sicherheit" im Grundsatzprogramm
Antragsteller: LV-Sachsen
Präsentierende Person: Dominic Ressel (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags: Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Vorgeschlagene Änderung:

Neuer Absatz (zwischen einleitendem Satz und dem ursprünglichen ersten Absatz, der nun der zweite Absatz werden würde):

Wir wollen die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, ohne deren Freiheit unnötig zu beschränken. Im Zweifel entscheiden wir uns für die Freiheit.

Wir setzen uns für eine Gemeinschaft der Individuen ein. Einzelne Personen sind jedoch gegenüber dem Auftreten krimineller oder aggressiver Gruppen systematisch benachteiligt. Die Polizei trägt in diesem Fall die Verantwortung, den Bürger zu schützen. Ihre Einsatzfähigkeit ist damit eine wesentliche Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben in einer individualisierten Gesellschaft. Die Belastung der Sicherheitskräfte ist spürbar gestiegen. Wir setzen uns daher für eine personelle Aufstockung der Polizeikräfte sowie eine verbesserte Ausstattung ein. Dies darf nicht zu einer unverhältnismäßigen Überwachung unbescholtener Bürger führen.

Wir unterstützen den föderalen Aufbau der Polizei, legen jedoch Wert auf bundeseinheitliche Mindeststandards.

Begründung:

Das Sicherheitsgefühl der meisten Bürger ist spürbar gesunken. Die Zahlen des BKA belegen, dass dies nicht komplett unbegründet ist, auch wenn sich die Bedrohungslage regional höchst unterschiedlich entwickelt hat. Eine Stellungnahme zu diesem Thema sollte im Grundsatzprogramm "Innere Sicherheit" nicht fehlen. Selbst unter Einbezug der Tatsache, dass Gewaltverbrechen langfristig betrachtet signifikant gesunken sind, ist das Niveau dennoch zu hoch und kann durch eine personelle Aufstockung zumindest entschärft werden. Gewalt und das Auspielen physischer und mengenmäßiger Überlegenheit durch Gruppen gegenüber Individuen passen auf keinen Fall in das Bild einer humanistischen, offenen Gesellschaft.

Antrag Nr. 9

Antragstitel:	2. Antrag auf Änderung des Kapitels "Innere Sicherheit" im Grundsatzprogramm
Antragsteller:	LV-Sachsen
Präsentierende Person:	Dominic Ressel (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags:	Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Aktuelle Version:

Wir unterstützen den föderalen Aufbau der Polizei, legen jedoch Wert auf bundeseinheitliche Mindeststandards. Die Polizei muss einer eindeutigen Kennzeichnungspflicht unterliegen. Bei der Ausbildung muss der Schwerpunkt auf einem aktiven und sensiblen Entscheidungsträger, der verantwortungsbewusst und deeskalierend arbeitet, liegen. Um beim Verdacht auf unrechtmäßig getroffene oder durchgesetzte Maßnahmen sachgerecht und neutral zu ermitteln, ist eine unabhängige Dienststelle notwendig.

Vorgeschlagene Änderung (Ergänzungen):

Wir unterstützen den föderalen Aufbau der Polizei, legen jedoch Wert auf bundeseinheitliche Mindeststandards. **Zudem muss die bundes- und auch europaweite Zusammenarbeit stark ausgebaut werden. Dies begründet sich in der zunehmenden Mobilität und Internationalität krimineller Akteure.** Die Polizei muss einer eindeutigen Kennzeichnungspflicht unterliegen. Bei der Ausbildung muss der Schwerpunkt auf einem aktiven und sensiblen Entscheidungsträger, der verantwortungsbewusst und deeskalierend arbeitet, liegen. Um beim Verdacht auf unrechtmäßig getroffene oder durchgesetzte Maßnahmen sachgerecht und neutral zu ermitteln, ist eine unabhängige Dienststelle notwendig. **Extremistischen oder staatsfeindlichen Tendenzen innerhalb der Reihen der Gesetzeshüter muss entschieden entgegengetreten werden.**

Begründung

Ein Großteil insbesondere der Einbruchskriminalität wurde aufgrund der EU-Osterweiterung erst ermöglicht. Die organisierte Kriminalität konnte wachsen und ignoriert Grenzen, während die Polizeiarbeit noch zu schwach international zusammenarbeitet, und sozusagen an der Grenze halt macht. Ähnliches gilt für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Der dritte neue Satz nimmt Bezug auf rechtsextremistische Vorfälle innerhalb der Polizei, gilt aber natürlich genauso für z.B. potentiellen religiösen Extremismus oder linksextremistische Züge bei der Polizei.

Antrag Nr. 10

Antragstitel:	3. Antrag auf Änderung des Kapitels "Innere Sicherheit" im Grundsatzprogramm
Antragsteller:	LV-Sachsen
Präsentierende Person:	Dominic Ressel (Vertretung: Christoph Tietz)
Art des Antrags:	Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Vorgeschlagene Änderung:

Bisheriger Absatz Verfassungsschutz:

Damit der ebenfalls föderalistisch angelegte Verfassungsschutz seinen Aufgaben gerecht werden kann, muss für eine bessere Kontrolle durch die parlamentarische Aufsicht gesorgt werden. Die Organisation, Kompetenzen und Befugnisse der deutschen Nachrichtendienste müssen so ausgestaltet werden, dass sie den Erfordernissen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung, insbesondere der Terrorbekämpfung, Spionageabwehr und Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen, gerecht werden. Gleichzeitig soll dabei ein größtmöglicher Datenschutz gewährleistet und unsachgemäße Sammlung persönlicher Daten verhindert werden.

Vorgeschlagene Ergänzungen nach diesem Absatz:

Diskriminierungen und intolerantes Verhalten haben im öffentlichen Raum spürbar zugenommen. Dies äußert sich meist in verbalen und physischen Straftaten und bedeutet eine Einschränkung der faktischen Freiheit der betroffenen Personen. Im Sinne einer offenen und friedlichen Gesellschaft, die die Freizügigkeit für alle Bürger an jedem öffentlichen Ort dieses Landes und Europas garantieren möchte, ist diese Entwicklung in jeder Hinsicht inakzeptabel. Wir setzen uns für die Präzisierung des Straftatbestandes des Hassverbrechens ein.

Gesellschaftsschädigende, diskriminierende Gewalt- und Rohheitsdelikte müssen stärker geahndet werden. Zugleich müssen die Anstrengungen in Richtung Prävention und Aufklärung intensiviert werden. Toleranz, Respekt und Verständnis für unterschiedliche Lebensweisen und -ansichten und die Anerkennung der Grundwerte unserer Gesellschaft sind die wesentlichen Säulen einer offenen und friedlichen Gesellschaft. Diese Eigenschaften gilt es bereits frühzeitig zu fördern, vor allem in der Schule. Dadurch wird langfristig ein Beitrag zur inneren Sicherheit geleistet.

Begründung

Hier werden alle Formen der alltäglichen Hassdiskriminierung sowie Kriminalitätshotspots behandelt. Antisemitismus, Hass auf Muslime, Gewalt gegen Flüchtlinge, verbaler Sexismus und sexistische Gewalt auf offener Straße, Gewalt gegen Homosexuelle, Kriminalitätshochburgen die mittlerweile gemieden werden, etc.

Diese Vorkommnisse haben ein zu hohes Niveau (dabei ist es letztlich egal ob es früher schon so war oder schlimmer wurde) und sollten klar angesprochen werden. Nicht jeder kann sich wirklich frei bewegen, das ist nicht hinnehmbar. Die Schnittstelle zur Bildung ist die Vermittlung von Werten, die diesem Hass, Verachtung und der Verrohung entgegenwirken.

Antrag Nr. 11a

Antragstitel: Antrag auf Änderung bzw. Ergänzung der Präambel der Bundessatzung
Antragsteller: AG Chancengleichheit
Präsentierende Person: Dustin Hebecker
Art des Antrags: Änderung in der Bundessatzung (zweiter Absatz vor "Abschnitt A.: Allgemein")

Antrag:

Aktuelle Version:

Um die Lesbarkeit zu verbessern und wo keine andere Formulierung geeignet ist, verwenden wir das generische Maskulinum und sprechen damit selbstverständlich alle Menschen gleichermaßen an.

Vorgeschlagene neue Version:

Wir sprechen in unserem Programm alle Menschen an. Als Mittel hierfür wählen wir durchgängig die einfachen Grundformen für Personen.

Begründung:

Die neue Formulierung klingt weitaus weniger provokativ und wirkt weniger wie eine "Pflichtklausel". Die einfachen Grundformen für Personen bezieht sich jedoch weiterhin auf das generische Maskulinum, daher werden auch keine weiteren Änderungen durch diesen Antrag in der Bundessatzung nötig.

Antrag Nr. 11

Antragstitel: Antrag auf Änderung bzw. Ergänzung der Präambel des Leitbildes
Antragsteller: AG Chancengleichheit
Präsentierende Person: Dustin Hebecker
Art des Antrags: Änderung im Leitbild (Absatz vor dem Vorwort)

Antrag:

Aktuelle Version:

Um die Lesbarkeit zu verbessern und wo keine andere Formulierung geeignet ist, verwenden wir das generische Maskulinum und sprechen damit selbstverständlich alle Menschen gleichermaßen an.

Vorgeschlagene neue Version:

Wir sprechen in unserem Programm alle Menschen an. Als Mittel hierfür wählen wir durchgängig die einfachen Grundformen für Personen.

Begründung:

Die neue Formulierung klingt weitaus weniger provokativ und wirkt weniger wie eine "Pflichtklausel". Die einfachen Grundformen für Personen bezieht sich jedoch weiterhin auf das generische Maskulinum, daher werden auch keine weiteren Änderungen durch diesen Antrag im Leitbild nötig. **Anmerkung:** Es ist nicht 100%ig klar, ob diese Präambel zum Leitbild gehört. In der Version auf der Wiki-Seite taucht dieser Teil nicht auf.

Antrag Nr. 12

Antragstitel: Antrag auf Änderung der Präambel des Grundsatzprogramms
Antragsteller: AG Chancengleichheit
Präsentierende Person: Dustin Hebecker
Art des Antrags: Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Aktuelle Version:

Um die Lesbarkeit zu verbessern und wo keine andere Formulierung geeignet ist, verwenden wir das generische Maskulinum und sprechen damit selbstverständlich alle Menschen gleichermaßen an.

Vorgeschlagene neue Version:

Wir sprechen in unserem Programm alle Menschen an. Als Mittel hierfür wählen wir durchgängig die einfachen Grundformen für Personen.

Begründung:

Die neue Formulierung klingt weitaus weniger provokativ und wirkt weniger wie eine "Pflichtklausel". Die einfachen Grundformen für Personen bezieht sich jedoch weiterhin auf das generische Maskulinum, daher werden auch keine weiteren Änderungen durch diesen Antrag im Grundsatzprogramm nötig.

Antrag Nr. 13

Antragstitel: Antrag zur Aufnahme eines neuen Kapitels "Inklusion" im Grundsatzprogramm
Antragsteller: AG Inklusion
Präsentierende Person: Dominic Eberle (AG-Leiter)
Art des Antrags: Ergänzung des Grundsatzprogramms

Antrag:

Die AG Inklusion beantragt hiermit folgendes neue Kapitel zum Thema "Inklusion" in das Grundsatzprogramm aufzunehmen (nach dem Kapitel "Soziales"):

Inklusion

Wir sehen Inklusion als das Recht jedes Menschen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, unabhängig von sozialen, kulturellen, religiösen, körperlichen, sexuellen und anderen Gegebenheiten. Eine inklusive Gesellschaft schätzt den Menschen um seiner selbst willen. Sie fördert und fordert ihn auf der Grundlage seiner Möglichkeiten und bietet jedem Einzelnen Teilhabe und Chancengleichheit. Für uns ist Inklusion nicht nur ein gesellschaftliches Prinzip der Wertschätzung, Akzeptanz und Solidarität sondern auch ein Menschenrecht. Es ist unmittelbar verknüpft mit der Menschenwürde und den Ansprüchen auf Selbstbestimmung und Chancengleichheit. Damit ist Inklusion sowohl ein eigenständiges Recht, als auch ein wichtiges Prinzip, ohne dessen Anwendung die Durchsetzung der Menschenrechte unvollständig bleibt. Wir sehen Vielfalt als eine Stärke der Gesellschaft.

Begründung:

Die Partei der Humanisten setzt sich nach außen deutlich sichtbar ein für Menschenrechte und Vielfalt. In der heutigen Zeit ist der Begriff Inklusion ein Synonym für das Bestreben, jeden Menschen als individuell, wertvoll und der Gesellschaft zugehörig anzusehen. Wir lehnen Ausgrenzung deutlich ab und möchten die Chancen der Vielfalt nutzen. Es ist aus unserer Sicht daher notwendig, diesen Bereich in einem eigenen Unterpunkt im Grundsatzprogramm anzusprechen. Zwar werden soziale Aspekte im Unterpunkt Soziales und Bildung genannt, jedoch betrifft Inklusion nicht nur behinderte Menschen, sondern auch Menschen, die aufgrund anderer Begabungen und Voraussetzungen individuelle Beachtung benötigen, wie beispielsweise Hochbegabte. Da das Lernen vom Außergewöhnlichen eine der größten Chancen für erfolgreiches Wachstum und das Stärken des sozialen Miteinanders ist, gehört in unser Grundsatzprogramm die Bekenntnis zur Vielfalt und zu inklusiver Gesellschaft.

Antrag Nr. 14

Antragstitel: Neuer Programmpunkt "Artenvielfalt" und entsprechende Anpassung
im Programmpunkt "Umweltschutz"
Antragsteller: AG Klima, Umwelt, Landwirtschaft
Präsentierende Person: Konrad Strauß
Art des Antrags: Antrag zum Grundsatzprogramm

Antrag:

Einfügen des Programmpunktes "Artenvielfalt" nach dem Punkt "Umweltschutz" und Entfernen des entsprechenden Absatzes aus dem Punkt "Umweltschutz".

Artenvielfalt

Die Ökosysteme der Erde sind maßgeblich verantwortlich für die Regeneration von Luft und Böden sowie die Stabilität von Wasser- und Nährstoffkreisläufen. Zusätzlich bieten sie Lebensraum für zahllose Lebewesen. Die Stabilität und Flexibilität von Ökosystemen beruht wesentlich auf ihrer Fähigkeit, temporäre oder permanente Einflüsse zu tolerieren oder zu kompensieren.

Direkte und indirekte Eingriffe des Menschen in die Natur führen jedoch seit Jahrhunderten zur Destabilisierung von Ökosystemen. In den letzten 100 Jahren hat sich diese Entwicklung dramatisch beschleunigt und zu einem massiven Verlust von Tierarten und Biotopen geführt. Daher befinden wir uns derzeit in der sechsten Extinktionsphase dieses Planeten. Für einen großen Teil existierender Arten wird sie das Ende bedeuten, für den Rest – einschließlich des Menschen – zumindest eine Beeinträchtigung ihrer Lebensweise.

Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein für die Bedeutung der Vielfalt von Arten und Biotopen ist unbedingt notwendig, um das Artensterben zu verlangsamen und die Folgen zu verringern. Wir stehen daher der Evaluierung und Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz, zur Regeneration und zur Wiederherstellung der Artenvielfalt positiv gegenüber.

Anpassung: **Umweltschutz**

Als evolutionäre Humanisten sehen wir den Menschen als Teil der Natur und verantwortlich für ihren Erhalt. Daraus ergibt sich für uns eine Verpflichtung zum Umwelt- und Naturschutz. Das Verstehen, Schützen und Regenerieren der teils empfindlichen Ökosysteme ist Basis für das Wohlergehen des Menschen und anderer Lebewesen. Wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig, alle uns zur Verfügung stehenden Fähigkeiten und Mittel aufzuwenden und auszuschöpfen, um die Belastung der Umwelt, vor allem die unausweichlichen Folgen des Klimawandels, einzudämmen und weitere Folgen zu verhindern.

[*Streichen des Absatzes:*]

~~Der Schutz der Biodiversität hat eine besondere Relevanz, da eine hohe Artenvielfalt und genetische Varianz einen stabilisierenden Einfluss auf Ökosysteme, die Verfügbarkeit von Nährstoffen und die Samenverbreitung haben.~~

Wir müssen der Natur wieder mehr geschützten Raum geben. Daher fordern wir eine verantwortungsvollere Nutzung kultivierter und bebauter Flächen. Dies gelingt mit einer faktenbasierten und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie einer intelligenten Verkehrspolitik, die dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt gegenüber aufgeschlossen ist. Mit einer vernünftigen, undogmatischen Abwägung von Risiken und Nutzen kann es gelingen, trotz der aktuellen Zunahme der Weltbevölkerung den ökologischen Fußabdruck klein zu halten.

Begründung:

Artenvielfalt wird aus dem GSP-Punkt "Umweltschutz" ausgegliedert und ausgebaut, um der Tragweite des Artensterbens gerecht zu werden. [1] Der Verlust der Artenvielfalt beeinträchtigt unsere Landwirtschaft, den Städtebau, unsere Gesundheit und vieles mehr und stellt damit eine große Herausforderung für die Menschheit dar. [2]

Artenvielfalt erhöht die Stabilität von Ökosystemen. Das Besetzen gleicher Nischen durch verschiedene Arten bewirkt eine größere Flexibilität, da der Verlust einer Gruppe von Lebewesen durch das verstärkte Wachstum einer anderen Gruppe kompensiert werden kann. [3] Der Zustand von Ökosystemen wiederum hat Einfluss auf verschiedene Umweltaspekte, die lokale, aber auch überregionale oder gar globale Auswirkungen haben können – so etwa auf Bodenerosion, Temperatureffekte, Wasserspeicherung, Luftqualität und vieles mehr. Durch die nachhaltige anthropogene Beeinträchtigung von Ökosystemen und dem daraus resultierenden, beschleunigten Verlust verschiedenster Arten von Lebewesen ergeben sich vielerlei Probleme für den Menschen – vom Verlust von Rückzugsräumen über schädliche Auswirkungen auf unsere Gesundheit bis hin zur Beeinträchtigung von Landwirtschaft, Städteplanung oder Fischerei. [2] Aus unserem Selbstverständnis als evolutionäre Humanisten leitet sich zudem eine Verantwortung für unsere Umwelt und die Lebewesen darin ab – der aktuelle Grad

anthropogener Umweltzerstörung und die dabei an den Tag gelegte Rücksichtslosigkeit sind mit diesem Anspruch nicht vereinbar. [4]

[1] <https://www.sueddeutsche.de/wissen/massenaussterben-die-sechste-katastrophe-1.2108160>

[2] <http://millenniumassessment.org/documents/document.354.aspx.pdf>

[3] <https://www.nature.com/articles/nature11148>

[4] <https://parteiderhumanisten.de/wp2/2017/11/16/philosophie-die-partei-der-humanisten/>

Antrag Nr. 15

Antragstitel:	Änderung des Programmpunktes “Umweltschutz” im Grundsatzprogramm
Antragsteller:	AG Klima, Umwelt, Landwirtschaft
Präsentierende Person:	Konrad Strauß
Art des Antrags:	Antrag zum Grundsatzprogramm

Antrag:

Änderung des Programmpunktes “Umweltschutz”.

Aktuell:

Als evolutionäre Humanisten sehen wir den Menschen als Teil der Natur und verantwortlich für ihren Erhalt. Daraus ergibt sich für uns eine Verpflichtung zum Umwelt- und Naturschutz. Das Verstehen, Schützen und Regenerieren der teils empfindlichen Ökosysteme ist Basis für das Wohlergehen des Menschen und anderer Lebewesen. Wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig, alle uns zur Verfügung stehenden Fähigkeiten und Mittel aufzuwenden und auszuschöpfen, um die Belastung der Umwelt, vor allem die unausweichlichen Folgen des Klimawandels, einzudämmen und weitere Folgen zu verhindern.

[ggf. schon durch vorherigen Antrag gestrichen:] Der Schutz der Biodiversität hat eine besondere Relevanz, da eine hohe Artenvielfalt und genetische Varianz einen stabilisierenden Einfluss auf Ökosysteme, die Verfügbarkeit von Nährstoffen und die Samenverbreitung haben.

Wir müssen der Natur wieder mehr geschützten Raum geben. Daher fordern wir eine verantwortungsvollere Nutzung kultivierter und bebauter Flächen. Dies gelingt mit einer faktenbasierten und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie einer intelligenten Verkehrspolitik, die dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt gegenüber aufgeschlossen ist. Mit einer vernünftigen, undogmatischen Abwägung von Risiken und Nutzen kann es gelingen, trotz der aktuellen Zunahme der Weltbevölkerung den ökologischen Fußabdruck klein zu halten.

Ersetzen durch vollständig neue Version:

Der Mensch ist eine enorme gestalterische Kraft auf diesem Planeten. Eingriffe in die belebte und unbelebte Natur sind die Grundlage jeder Zivilisation, verändern aber auch die elementaren Kreisläufe des Lebens. Folgen davon sind unter anderem Klimaveränderungen, instabile Ökosysteme und Verluste an Arten- und Biotopvielfalt. Dies hat bereits heute massive negative Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, schädliche Einflüsse auf Lebewesen und Umwelt auf ein mögliches Minimum zu reduzieren.

Wir betrachten Prävention und Regeneration als zentrale Konzepte für den Umweltschutz. Unter Prävention verstehen wir die Verringerung weiterer Zerstörungen und Verschmutzungen, etwa durch bewussten Konsum und Recycling von Ressourcen. Zudem sehen wir viel Potenzial für den Umweltschutz in der Verbesserung bestehender und der Entwicklung neuer Technologien in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen und im Energiesektor. Regeneration ist notwendig, um die vom Menschen verursachten Belastungen der Umwelt nachhaltig zu beseitigen und so ihre negativen Auswirkungen zu verringern. Wo Schaden an der Umwelt entsteht, fordern wir sinnvolle Regenerations- und Ausgleichsmaßnahmen.

Grundlage für Prävention und Regeneration ist das Verständnis der ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge. Wir unterstützen daher im Sinne der nachhaltigen Entwicklung explizit die Forschungsförderung auf diesen Gebieten sowie die Verankerung entsprechender Inhalte in Lehrplänen.

Begründung

Anlass der Änderungen ist eine Präzisierung des Programmpunktes und eine inhaltliche Trennung vom neu dazukommenden Programmpunkt "Artenvielfalt" sowie dem bestehenden Punkt Klimawandel.

Die Struktur ist nun folgendermaßen: Einleitung, Prävention und Regeneration sowie Bildungsgrundlage.

Antrag Nr. 16

Antragstitel:	Antrag auf Änderung des Kapitels "Tierschutz" im Grundsatzprogramm
Antragsteller:	AG Tierschutz
Präsentierende Person:	Fabienne Sandkühler
Art des Antrags:	Änderung im Grundsatzprogramm

Antrag:

Geändert bzw. ergänzt werden soll der 2. Absatz im Kapitel "Tierschutz"

Aktuelle Version:

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung fördern. Hierzu gehört die Erforschung von Laborfleisch. Tierversuche wollen wir – wann immer möglich – durch Versuche mit Ersatzmethoden wie Zellkulturen und Biochips ersetzen. Wir fordern die Entwicklung alternativer Testverfahren, die auf die Nutzung von Lebewesen verzichten.

Vorgeschlagene Änderung:

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung fördern. Hierzu gehört die Erforschung von Laborfleisch. Tierversuche wollen wir – wann immer möglich – durch Versuche mit Ersatzmethoden wie Zellkulturen und Biochips ersetzen. Wir fordern die Entwicklung alternativer Testverfahren, die auf die Nutzung von **empfindungsfähigen** Lebewesen verzichten.

Begründung:

Die Änderung bedarf keiner besonderen Begründung, sie ist nur eine Korrektur.

Ergänzungsantrag / Folgeantrag:

Antragsteller: Bundesvorstand

Präsentierende Person: Fabienne Sandkühler

Art des Antrages: Änderungsantrag zum Antrag 16 der AG Tierschutz

Antrag:

Veränderung des Begriffs „Laborfleisch“

Absatz zur Abstimmung mit Ergänzung:

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung fördern. Hierzu gehört die Erforschung von *Laborfleisch*. Tierversuche wollen wir – wann immer möglich – durch Versuche mit Ersatzmethoden wie Zellkulturen und Biochips ersetzen. Wir fordern die Entwicklung alternativer Testverfahren, die auf die Nutzung von **empfindungsfähigen** Lebewesen verzichten.

Vorgeschlagene Änderung vor Abstimmung der Ergänzung bzw. als direkter Folgeantrag:

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung fördern. Hierzu gehört die Erforschung von **im Labor hergestelltem Kulturfleisch**. Tierversuche wollen wir – wann immer möglich – durch Versuche mit Ersatzmethoden wie Zellkulturen und Biochips ersetzen. Wir fordern die Entwicklung alternativer Testverfahren, die auf die Nutzung von **empfindungsfähigen** Lebewesen verzichten.

Begründung:

Im Europawahlprogramm haben wir den Begriff „im Labor hergestelltes Kulturfleisch“, oder kurz „Kulturfleisch“ verwendet, weil „Laborfleisch“ nicht schmackhaft klingt, sondern nach weißen Kitteln und Desinfektionsmitteln. „Kulturfleisch“ hingegen konnotiert sowohl die Entstehung (Kultur, Zellkulturen) als auch Vorstellungen wie „Kultur“, „Esskultur“, „kultiviert“ in Sinne eines positiven Framings:

Dem großen Klimakiller industrielle Fleischproduktion wollen wir durch eine Reform der Massentierhaltung und der intensiven Förderung von im Labor hergestellten Kulturfleisch begegnen. Es ist unsere ethische Pflicht als Humanisten, für das Wohlergehen der Tiere in Europa zu sorgen und ihr Leid zu verringern. Dieses Ziel muss höher gewichtet werden als Traditionen, Unterhaltung, religiöse Riten oder wirtschaftliche Interessen.

Wir plädieren dafür, diesen Begriff „Kulturfleisch“ zukünftig durchgängig statt „Laborfleisch“ zu verwenden.

Antrag Nr. 17

Antragstitel: Änderung der Bundessatzung zum Zwecke der Einrichtung des Gremiums „Mediationsstelle“
Antragsteller: Alexander Mucha
Präsentierende Person: Alexander Mucha
Art des Antrags: Satzungsänderungsantrag

Antrag Teil 1:

Änderung der Bundessatzung
§ 24 Stabsstellen und Ausschüsse
in
§ 24 Stabsstellen, Ausschüsse **und Mediationsstelle**

Antrag Teil 2:

Einfügen eines § 24 Abs. 4 Bundessatzung:

(4) Die Mediationsstelle ist ein neutrales, unvoreingenommenes Gremium, das auf Anrufung hin Probleme der Mitglieder aufnehmen und im kommunikativen Streitfall vermitteln kann. Die Mediationsstelle hat keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber den Konfliktparteien und Organen der Partei. Sie fällt keine Urteile, sondern ist eine rein kommunikativ vermittelnde Institution. Für die Konfliktparteien besteht keine Verpflichtung zur Teilnahme an der Mediation. Die Mediatoren unterliegen ebenso wie die Mediationsstelle insgesamt der Verschwiegenheit. Die Mediationsstelle hat einen Leiter und einen Stellvertreter. Beide werden auf dem Bundesparteitag mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Amtszeit ist identisch mit der Amtszeit des jeweiligen Vorstands. Die Mitglieder der Mediationsstelle dürfen nicht

Mitglied eines Vorstandes der Partei der Humanisten sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei der Humanisten oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen. Sie leiten und organisieren die Vermittlungstätigkeit und ernennen anhand von Kriterien wie Qualifikation und geeigneten Persönlichkeitsattributen Mitglieder für die Funktion des Mediators oder entbinden sie von ihren Pflichten. Die Funktionszeit ist identisch mit der des jeweiligen Bundesvorstands. Alle Mitglieder der Mediationsstelle können durch Beschluss des Bundesparteitages abberufen werden. Die Mediationsstelle gibt sich selbst eine Geschäftsordnung.

Begründung:

In letzter Zeit ist es zwischen einzelnen Mitgliedern und Organen vermehrt zu teils intensiven und sehr hitzig geführten Streitigkeiten gekommen. Dabei wurde deutlich, dass ein Kommunikationsproblem besteht und ein zielführender, lösungsorientierter Dialog nicht mehr zustande kam. Dieser Problematik soll der Idee der Antragstellerin nach die beantragte Mediationsstelle Abhilfe schaffen. Durch die Neutralität und gezielt entspannende Gesprächsführung der Mediatoren soll in einer ruhigen und betont sachlichen Atmosphäre Verständnis für etwaige Konfliktparteien hervorgerufen und ein neuer Gesprächsansatz gefunden werden, um Streit zu vermeiden. Die Mediatoren beugen dadurch auch parteiinternen Eskalationen vor und verbessern somit das allgemeine interne Arbeitsklima. Zudem wird eine Anlaufstelle für unzufriedene Mitglieder geschaffen, sodass deren Problemen besser Abhilfe geschaffen werden kann.

